Der Präsident weist die Zweifel an der Unabhängigkeit zurück. Fragen dazu will Pro Schweiz nur Mitgliedern beantworten. Und er warnt vor einer «Persönlichkeitsverletzung».

Von Nico Stino

Die Antwort kam schnell. Am 17. November hatte Christian Oesch vom Verein WIR Pro Schweiz fünf Fragen geschickt: zur Finanzierung, zu Verbindungen mit Rüstungsfirmen, zu Interessenkonflikten, zur Unabhängigkeit und zur Transparenz. Wir haben den Gastbeitrag dazu veröffentlicht. Pro Schweiz hatte 30 Tage Zeit. Nach zwei Tagen kam ein Brief, unterzeichnet von Präsident Dr. Stephan Rietiker. Auf keine der fünf Fragen geht er ein.

Was im Brief steht

Rietiker schreibt, Diskussionen dieser Art führe Pro Schweiz «intern im Rahmen der statutarischen Ordnung». Solche Anfragen seien «ausschliesslich den Mitgliedern unseres Vereins vorbehalten».

Die Zweifel an der Unabhängigkeit der Organisation weist er «mit Entschiedenheit» zurück. Am Ende steht ein Satz, den man als Warnung lesen kann. Würden solche Vermutungen öffentlich, «könnte dies als persönlichkeitsverletzend qualifiziert werden».

Wir veröffentlichen den Brief vollständig unter diesem Artikel. Die Leserinnen und Leser sollen sich selbst ein Bild machen.

Was feststeht und was offen bleibt

Wir halten uns an die Fakten, die bekannt sind. Ein Familienmitglied des Geschäftsführers von Pro Schweiz arbeitete laut eigenen beruflichen Angaben ein Jahr als Legal Trainee bei Rheinmetall Air Defence. Das ist nicht verboten. Es beweist auch keinen Einfluss auf die Politik von Pro Schweiz. Das hat der Gastbeitrag ausdrücklich festgehalten. Ebenso klar stand dort: Wir unterstellen keine verdeckte Finanzierung.

Gefragt wurde etwas Einfacheres. Woher kommt das Geld? Gibt es Regeln für Interessenkonflikte? Ist Pro Schweiz bereit, das offenzulegen?

Diese Fragen sind weiterhin offen. Rietiker hat sie nicht mit Nein beantwortet. Er hat

gar nicht geantwortet.

Warum uns das stört

Pro Schweiz ist kein Kaninchenzüchterverein. Die Organisation macht Abstimmungskampf, prägt die Debatte über Neutralität und äussert sich zu Sicherheit und Rüstung. Damit wirkt sie auf Fragen ein, die alle Stimmberechtigten betreffen, nicht nur ihre Mitglieder.

Wer so öffentlich auftritt, muss öffentliche Fragen aushalten. Das ist kein Vorwurf. Das ist der Preis politischer Wirkung.

Wie viel Geld Pro Schweiz bewegt, ist öffentlich bekannt: **1,3 Millionen Franken** flossen laut den bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle gemeldeten Kampagnenbudgets in die Ja-Kampagne zur Neutralitätsinitiative. Woher diese 1,3 Millionen stammen, ist nicht bekannt. Das Gesetz verlangt die Offenlegung nur für die Kampagne, nicht für die Kasse des Vereins. Genau dort setzen unsere Fragen an.

Uns irritiert der Hinweis auf eine mögliche Persönlichkeitsverletzung. Fragen zu stellen ist keine Verletzung. Fragen zu beantworten wäre die einfachste Art, Zweifel auszuräumen. Eine Organisation, die nichts zu verbergen hat, könnte das in einem Absatz tun.

Die Tür bleibt offen

Die Frist von 30 Tagen läuft bis Mitte Dezember. Beantwortet Pro Schweiz die Fragen doch noch, veröffentlichen wir die Antworten vollständig und ungekürzt. Das Angebot gilt.

Bis dahin bleibt eine Organisation, die für eine unabhängige Schweiz kämpft und die Frage nach der eigenen Unabhängigkeit nur intern besprechen will.